



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 05/2012
März 2012 (2)

Vertrauensschutz bei Solarenergie

Die Koalitionsfraktionen haben Änderungen zur Solarförderung verabschiedet. Die Grundentscheidung des Gesetzentwurfs bleibt dabei unangetastet:

Die Vergütung für Solaranlagen wird einmalig zum 1. April 2012 deutlich abgesenkt.

Folgende Änderungen am Gesetzentwurf wurden vorgenommen:

- Der Vertrauensschutz wird verbessert. **Dachanlagen**, für die ein Netzanschlussbegehren vor dem 24. Februar 2012 übermittelt wurde, erhalten die bisherige Vergütung, wenn sie bis zum 30. Juni 2012 in Betrieb genommen werden. Für **Freiflächenanlagen** auf Konversionsflächen wie Mülldeponien oder ehemaligem Militärgelände wurde die Übergangsfrist auf den 30. September 2012 verlängert.
- Es wird wieder ein automatischer Anpassungsmechanismus eingeführt („atmender Deckel“). Dieser sorgt für höhere oder niedrigere Abschläge in der Zukunft, wenn das Ziel eines jährlichen Ausbaus von derzeit 2.500 bis 3.500 MW über- oder unterschritten wird.
- Alle Degressionen werden wie bisher in Prozent erfolgen, nicht in Cent pro Kilowattstunde. Sie erfolgen zugleich monatlich, die Grunddegression beträgt ein Prozent pro Monat.
- Die Parlamentsrechte werden gestärkt. Alle ursprünglich vorgesehenen Verordnungsermächtigungen werden gestrichen.
- Um den **Eigenverbrauch** bei kleinen Dachanlagen anzureizen, werden künftig für neue Anlagen nur noch 80 Prozent (im Entwurf: 85 Prozent) des produzierten Stroms nach EEG vergütet.
- Die Direktvermarktungsanforderung für Anlagen über ein MW wird gestrichen.
- Im Außenbereich des ländlichen Raums werden Solaranlagen auf Tierställen bzw. auf neu ausgesiedelten Höfen den Solaranlagen auf Wohngebäuden gleichgestellt.
- Freiflächenanlagen in zwei unterschiedlichen Gemeinden werden abweichend vom Entwurf auch bei räumlicher Nähe nicht als eine Anlage vergütet.



Schaffung einer Stabilitätsunion

In dieser Woche wurde das parlamentarische Verfahren für die neue europäische Stabilitätsarchitektur aufgenommen. Bis zur Sommerpause soll über das Gesetzespaket zur Schaffung einer Stabilitätsunion entschieden werden.

Seine 6 Bestandteile sind die Ratifizierungen des Fiskalvertrags (1), des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) (2), der ESM-Finanzierung (3), der europarechtlichen Verankerung des ESM (4) sowie die Einführung von Umschuldungsklauseln in Bundeswertpapieren mittels einer Novelle des Bundesschuldenwesengesetzes (5) und – aufgrund der vorgezogenen ESM-Bareinlage – ein Nachtragshaushalt 2012 (6). Außerdem werden die Beteiligungsrechte des Bundestages angepasst.

Darüber hinaus drängen die politischen Partner im IWF, den G20 und der Europäischen Union darauf, dass der Rettungsschirm über die bislang auf 500 Mrd. € gedeckelten Hilfsmittel hinausgehen sollte. Insbesondere der IWF erwartet für die Aufstockung seines Beitrags auch einen größeren Haftungsrahmen der Euroländer.

Unsere Vorschläge sehen vor: Dauerhaft soll der ESM auf eine Ausleihkapazität von 500 Mrd. € begrenzt bleiben. Dieser Betrag ist glaubwürdig angesichts der wirtschaftlichen Stärke der Euroländer. Ein höherer Betrag wird in einer zukünftig stabileren Lage nicht erforderlich sein. Die Begrenzung auf insgesamt

500 Mrd. € (Konsolidierung) soll temporär durchbrochen werden, indem die bereits durch EFSF + EFSM gebundenen Hilfszusagen von rund 200 Mrd. € (inkl. der noch bis zum Ende der Programme auszahlenden Tranchen) nicht anzurechnen sind. Damit entsteht eine neue konsolidierte Obergrenze von EFSF/ESM von bis zu 700 Mrd. €.

Diese Obergrenze würde im Zuge der Kreditrückzahlung an die EFSF im Laufe der Zeit auf 500 Mrd. € zurückgeführt. Die EFSF stellt ihre Aktivitäten Mitte 2013 ein.

>>> Die Gesetzentwürfe können Sie unter www.antje-tillmann.de einsehen.

Abbau der kalten Progression beschlossen

Am Donnerstag hat der Bundestag das Gesetz zum Abbau der kalten Progression beschlossen. Damit soll der Politik für mehr Steuergerechtigkeit Nachdruck verliehen werden. Gleichzeitig wird die verfassungsrechtliche Vorgabe für das steuerfreie Existenzminimum umgesetzt. Die Expertenanhörung hatte den Gesetzentwurf bestätigt. Der Ball liegt jetzt beim Bundesrat. Blockiert er den Gesetzentwurf, so ginge dies vor allem zu Lasten der Beschäftigten mit niedrigeren Einkommen.

Viermal mehr Waffenscheine eingezogen

In Thüringen wurden im Jahr 2011 viermal mehr Waffenscheine eingezogen als 2010. Wie das Innenministerium mitteilte, verloren insgesamt 279 Bürgerinnen und Bürger ihre Berechtigung, eine Waffe zu besitzen, weil sie beispielsweise als unzuverlässig gelten. Zwischen April 2010 und Oktober 2011 wurden 3.600 Bürgerinnen und Bürger mit Waffenbesitzkarte kontrolliert, wobei bei jedem Sechsten ein Verstoß gegen Aufbewahrungsbestimmungen festgestellt wurde. Die Erhöhung ist vor allem einer wesentlichen Steigerung der Kontrolldichte geschuldet.

Ost-Kommunen steigern Haushaltsüberschuss

Im Vergleich zu den Vorjahren konnten die Gemeinden in den alten Bundesländern ihr Defizit verringern und die Kommunen in den neuen Bundesländern ihren Überschuss erhöhen.

Trotz gestiegener Einnahmen mussten die bundesdeutschen Kommunen am Jahresende ein Defizit von 2,9 Mrd. € verbuchen. Insgesamt hat sich allerdings das Finanzdefizit der Kommunen um fast 6 Mrd. € verringert. In den neuen Bundesländern stieg der Etatüberschuss von 117,5 auf 394 Mio. €. Dies ist vor allem der guten Wirtschaftslage und den damit gestiegenen Steuereinnahmen geschuldet.



Nach fast 20-jähriger Bauzeit konnte nun die Pfarrscheune in Legefeld feierlich eingeweiht werden. Passend zum Fest konnte durch Ortsteilbürgermeisterin Petra Seidel ein Lotto-Zuwendungsbescheid in Höhe von 3.000 € übergeben werden. (Antje Tillmann im Gespräch mit Pfarrer Neubert und Petra Seidel vor der restaurierten Pfarrscheune)

Stiftungspreis „Barrierefreie Stadt“ ausgelobt

Die Stiftung „Lebendige Stadt“ ruft in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kommunen, Institutionen und Vereine auf, sich für den Stiftungspreis 2012 „Die barrierefreie Stadt: Eigenständigkeit, Mobilität, Teilhabe“ zu bewerben.

Gefragt sind dabei Projekte und Konzepte, die es möglichst allen Menschen ermöglichen oder erleichtern, sich am Stadtleben zu beteiligen. Dazu zählen etwa die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Gebäuden und Infrastruktur oder die Erreichbarkeit von Dienstleistungen, Kommunikationseinrichtungen und Informationsquellen.

Gefördert werden bereits ausgeführte oder in der Ausführung befindliche Konzepte, die für andere Kommunen Vorbilder sind.

Die Bewerbungen können bis zum 30. April eingesendet werden. Alle Informationen finden sich auf der Homepage www.lebendige-stadt.de

Sehr guter Jahresstart in Thüringer Industrie

Die 871 Thüringer Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erzielten im Januar 2012 einen Umsatz in Höhe von 2,2 Mrd. €. Das entsprach (bei einem Arbeitstag mehr) einem Plus von 211 Mio. € bzw. 10,5 Prozent im Vergleich zum Januar 2011.

Damit konnte das bisher beste Umsatzergebnis für einen Monat - vom Januar 2008 mit 2,1 Mrd. € - noch überboten werden.

Impressum

Antje Tillmann MdB
antje.tillmann@bundestag.de
Redaktion: Johannes Nehlsen, 30. März 2012